

Deutschland Sozial und Demokratisch

**Außerordentlicher Parteitag
in Berlin, 14. Juni 2009**

Zahlen. Daten. Fakten.

Inhalt

Grußwort von Franz Müntefering	3
Grußwort von Hubertus Heil.....	4
Zur Erinnerung: Berliner Parteitage – Wichtige Entscheidungen	5
Am 14. Juni des Jahres.....	9
Vorläufige Tagesordnung	10
Antragskommission.....	11
Delegiertenschlüssel.....	13
Schnell. Praktisch. Direkt für Sie: Der SPD-Internet-Service zum außerordentlichen Bundesparteitag 2009	14
SPD-Parteitage von 1946-1990	15
Parteitage der SDP/SPD in der DDR	16
SPD-Parteitage seit 1990.....	16
Parteivorsitzende der SPD seit 1946.....	16
Parteivorsitzende der SDP/SPD in der DDR	17
Generalsekretäre der SPD	17
Bundesgeschäftsführer der SPD	18
Schatzmeister der SPD	18
Aussteller	19
Hinweise	20

Grußwort von Franz Müntefering

Für die kommende Legislaturperiode haben wir ein hervorragendes Regierungsprogramm vorgelegt, das wir hier auf dem Parteitag gemeinsam diskutieren und beschließen werden. Sozialdemokratische Lösungen sind in der derzeitigen Krise gefragt. Ein Zurück zu den alten Regeln des ungebremsten Wirtschaftsliberalismus und der Marktgläubigkeit, wie es der Union und der FDP vorschweben, wird es mit uns nicht geben. Wir werden Schwarz-Gelb verhindern und Frank-Walter Steinmeier wird Bundeskanzler!

Wir dürfen nicht zulassen, dass Gier und Unvernunft uns erneut nahe an den Abgrund führen. Kurzfristiges Gewinnstreben beherrscht nach wie vor viele Vorstandsetagen. Was wir jetzt brauchen sind klare Regelungen und mehr Transparenz für die Finanzmärkte. Wir werden für die Einführung einer Börsenumsatzsteuer sorgen und Steuerhinterziehung verstärkt bekämpfen. Sittenwidrig hohe Managergehälter werden wir begrenzen. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit die Wirtschaft wieder den Menschen dient und nicht umgekehrt. Wir wollen flächendeckend Mindestlöhne durchsetzen. Wer arbeitet, soll damit sich und seine Familie ernähren können.

Unser Steuerkonzept ist gegenfinanziert, gerecht und sinnvoll. Wir entlasten die unteren und mittleren Einkommen mit der Senkung des Eingangsteuersatzes. Mit dem optionalen Lohnsteuerbonus haben wir eine Idee vorgelegt, über die sich die anderen schwarz ärgern. Starke Schultern müssen dafür etwas mehr tragen: Wir erhöhen den Spitzensteuersatz um zwei Prozent. Das ist moderat und gerecht. Was wir damit einnehmen, werden wir vollständig in Bildung investieren. Denn Bildung ist der Schlüssel zur Erhaltung der Zukunftsfähigkeit und des Wohlstandes unseres Landes.

Wir wollen in einem Land leben, in dem das Soziale und das Demokratische vor kalter ökonomischer Logik stehen. In dem die Menschen füreinander einstehen, jeder die gleichen Chancen bekommt und keiner ausgegrenzt wird. Ein Land ohne Rassismus und Intoleranz, ohne Atomkraftwerke und Ressourcenverschwendung. Eine lebendige Demokratie, in der sich jeder gleichberechtigt einbringen kann.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir unsere Konzepte weiter auf Bundesebene umsetzen können. In den kommenden Monaten werden wir gemeinsam entschlossen dafür kämpfen, stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag zu werden, damit Frank-Walter Steinmeier der vierte sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wird.

Franz Müntefering

Grußwort von Hubertus Heil

Mit dem Regierungsprogramm zeigt die SPD Flagge: Für ein soziales und demokratisches Deutschland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben klare Positionen und stehen geschlossen. Gemeinsam kämpfen wir darum, dass diese Ziele nach der Bundestagswahl am 27. September mit Frank-Walter Steinmeier als Kanzler umgesetzt werden können.

Wir wollen, dass es klare Regeln auf den Finanzmärkten gibt. Die Wirtschaft muss wieder den Menschen dienen und nicht der Rendite. Die Bürgerinnen und Bürger wollen, eine gute Bildungspolitik, die niemanden zurücklässt. Die solidarische Mehrheit will, dass Männer und Frauen in echter Gleichberechtigung leben können und dass Familien mehr Unterstützung erhalten. Nach der Bundestagswahl werden wir auch die erfolgreiche Energiewende der vergangenen Jahre fortsetzen. Es bleibt bei der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und dem Ausstieg aus der Atomenergie. Vor allem kämpfen wir um mehr und gute Arbeit mit einem gesetzlichen Mindestlohn.

Gerade in dieser schwierigen Zeit der Finanzkrise ist es richtig und wichtig, dass wir uns in Deutschland auf unsere Stärken besinnen. Deutschland baut seinen Wohlstand auf eine Spitzenreiterposition in zentralen Technologiefeldern. Dazu bedarf es vor allem auf Qualifikationen, Ideen, Wissen und gut ausgebildete Fachkräfte. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir wollen, dass es in Deutschland auf Dauer Wohlstand für alle gibt.

Auf dem Weg aus der Krise muss es einen fairen Ausgleich der Lasten geben. Die Krise ist also auch eine Chance. Wir können die Idee der Sozialen Marktwirtschaft neu begründen. Die SPD hat in den vergangenen zehn Jahren gezeigt, dass sie den Mut zur Verantwortung hat. Wir haben seit 1998 das Land positiv verändert. Und wir haben gezeigt, dass Deutschland eine Friedensmacht ist.

Lasst uns dafür in den kommenden Monaten und Wochen gemeinsam kämpfen, damit wir diesen Weg weitergehen können.

Hubertus Heil

Zur Erinnerung: Berliner Parteitage – Wichtige Entscheidungen

Berliner Programm und Wiedervereinigung

Zwei der wichtigsten Entscheidungen der Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten sind eng mit Parteitag in Berlin verknüpft: Auf dem außerordentlichen Parteitag vom 18. bis 20. Dezember 1989 beschloss die SPD ein neues Grundsatzprogramm, das das damals 30 Jahre alte Godesberger Programm ablöste. Nur ein Jahr später, auf dem außerordentlichen Parteitag vom 26. bis 28. September 1990, unterzeichneten Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien aus Ost und West wenige Tage vor der Wiedervereinigung das „Manifest zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Das Berliner Programm

Acht Jahre lang hatte die SPD vor 1989 an dem Entwurf für das Berliner Programm gearbeitet, das auf dem Parteitag mit nur einer Gegenstimme und drei Enthaltungen beschlossen wurde. „Die Sozialdemokraten stellen sich in dem Berliner Programm als Partei der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität, der Gleichstellung von Frauen und Männern, der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft und des Friedens vor“, kommentierte damals die Frankfurter Rundschau. Für seine prägende Arbeit an dem neuen Parteiprogramm wurde Erhard Eppler minutenlang auf dem Parteitag gefeiert. Die Delegierten nannten das Programm „ehrlich“ und „zukunftsweisend“. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung schrieb: „Die neuen Programmschwerpunkte [...] sprechen präzise die wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre an.“ Der Parteitag war geprägt vom Fall der Mauer am 9. November 1989 und der sich abzeichnenden Wiedervereinigung. Das historische Ereignis, dessen Auswirkungen zum damaligen Zeitpunkt im Einzelnen noch nicht überschaubar waren, ging in einer Erklärung in das neue Programm ein. Die Wirkungen der Zeitenwende indes auf das internationale Gefüge sowie die technischen Entwicklungen und sozialen Umbrüche waren damals nicht absehbar. Das Berliner Programm musste schließlich einer programmatischen Neuausrichtung der Partei weichen, weil viele einst sinnvolle und taugliche Antworten den Anforderungen der neuen Zeit nicht mehr genügten: Grundlegend haben in den 90er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts wirtschaftliche Globalisierung und Europäisierung, die Wissensgesellschaft und der demografische Umbruch alle Verhältnisse verändert. Die Zukunft der sozialen Demokratie in Deutschland – auch die Zukunft der SPD als große Volkspartei – hängt davon ab, ob es ihr gelingt, die Idee des sozialen Fortschritts unter diesen umfassend ver-

änderten Bedingungen neu auszubuchstabieren. Mit dem Beschluss des Berliner Bundesparteitages am 14. Mai 2006, „Kraft der Erneuerung - Wir sichern Deutschlands Zukunft“, und schließlich dem in Hamburg 2007 verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm hat sich die SPD aufgemacht, die programmatische Erneuerung für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Die Einheit der Sozialdemokratie

Ein Jahr nach dem Beschluss des Berliner Programms führte die rasante politische Entwicklung auch zur Einheit der Sozialdemokratie in Deutschland. Zwischen dem 26. und 28. September 1990 fanden drei Parteitage statt: Zunächst trafen sich die Delegierten der beiden Einzelparteien getrennt: die West-SPD im Audimax der Technischen Universität, die Ost-SPD im Internationalen Congress Centrum. Am 27. September beschlossen sie gemeinsam in einer Zeremonie die Vereinigung. Willy Brandt erinnerte noch einmal an seinen berühmten Satz: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“.

Weitere Parteitage in Berlin

Weitere Berliner Parteitage haben stattgefunden vom 14. bis 21. November 1892, 21. bis 23. September 1916 (Reichskonferenz), 11. bis 14. Juni 1924, 20. bis 24. Juli 1954, 3. bis 7. Dezember 1979, 7. bis 9. Dezember 1999, am 2. Juni und am 20. Oktober 2002, am 1. Juni 2003, am 21. März 2004, am 31. August 2005, am 14. Mai 2006 sowie am 18. Oktober 2008.

1892 wurden in Berlin August Bebel und Paul Singer zu SPD-Vorsitzenden gewählt. Der Parteitag beschäftigte sich vor allem mit der Fortschreibung des Erfurter Programms und dem Verhältnis von „Staatssozialismus und revolutionärer Sozialdemokratie“. Die SPD lehnte eine Regierungspolitik ab, die durch kleine Zugeständnisse die Arbeiter zur Loyalität dem Staat gegenüber verpflichten wollte.

Die Reichskonferenz 1916 war überschattet vom Ersten Weltkrieg und den Auseinandersetzungen um die Bewilligung von Kriegsanleihen durch die Reichstagsfraktion. Ein Antrag auf Billigung der Kredite fand die Mehrheit des Parteitages, allerdings beteiligten sich seine Gegner nicht an der Abstimmung.

1924, in der Zeit der Konsolidierung der Weimarer Republik, beschäftigte sich der Parteitag mit der Rolle der SPD in Reichsregierungen: Koalitionen seien keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik, beschloss der Parteitag. Ein Mindestprogramm müsse gegenüber den Koalitionspartnern gefor-

dert werden, damit die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt gewährleistet sei. Die Partei bekannte sich zu ihrer Rolle als Regierungspartei und forderte zum Kampf sowohl gegen Nationalsozialisten wie auch gegen Kommunisten auf. Hermann Müller, Otto Wels und Artur Crispian wurden als Parteivorsitzende bestätigt.

Auf dem Parteitag 1954 wurde die Programmkommission unter der Federführung von Willi Eichler eingesetzt, die fünf Jahre später das Godesberger Programm vorlegte, das die Öffnung der SPD zur Volkspartei markierte. Schon 1954 stellte der Parteitag in einer Resolution fest, die SPD sei „aus der Partei der Arbeiterklasse zur Partei des Volkes geworden“. Zum Parteivorsitzenden wurde Erich Ollenhauer gewählt. Der Parteitag diskutierte außerdem die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas.

Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik sowie der Energiepolitik dominierten die Diskussionen des ordentlichen Parteitages 1979, auf dem Willy Brandt als Vorsitzender bestätigt wurde. Besonders der so genannte „NATO-Doppelbeschluss“ zur Stationierung von Mittelstreckenraketen wurde debattiert. Der Parteitag verabschiedete einen Antrag des Parteivorstandes, der die Position der Regierung Helmut Schmidt bekräftigte.

Im Dezember 1999 veranstaltete die SPD ihren ersten ordentlichen Bundesparteitag seit der Regierungsübernahme im Jahr 1998. 522 Delegierte versammelten sich im Berliner Hotel Estrel, um Bilanz zu ziehen, die weitere Politik zu diskutieren und Gerhard Schröder zum Parteivorsitzenden zu wählen. Im Frühjahr war der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine nach Auseinandersetzungen über die Finanz- und Sozialpolitik zurückgetreten. Inhaltlich diskutiert wurden unter anderem die Änderung des Ausländerrechts, der geplante Ausstieg aus der Kernenergie, die deutsche Teilnahme am Kosovo-Krieg und das Sparpaket des neuen Finanzministers Hans Eichel.

2002 fanden innerhalb von vier Monaten gleich zwei außerordentliche Parteitage in Berlin statt. Im Juni stimmten die Delegierten für das Programm „Erneuerung und Zusammenhalt – Wir in Deutschland“ und verabschiedeten damit das Regierungsprogramm für 2002-2006. Nach der gewonnenen Bundestagswahl billigten die Delegierten im Oktober 2002 schließlich mit ebenfalls überwältigender Mehrheit den Koalitionsvertrag unter dem Titel „Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit“. Es gab lediglich eine Gegenstimme und eine Enthaltung. Der Weg für die Wiederwahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler war damit frei.

2003 schließlich fand ein außerordentlicher Parteitag statt, bei dem sich die Delegierten unter dem Motto „Agenda 2010 – Mut zur Veränderung“ mit breiter Zustimmung hinter den Reformkurs von Bundeskanzler Gerhard Schröder stellten.

Im März 2004 übernahm Franz Müntefering in enger Abstimmung mit Gerhard Schröder die Führung der Partei. Den neuen Vorsitzenden beauftragte der Parteitag, die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm aufzunehmen, und unter Führung von Kurt Beck wurde eine Arbeitsgruppe zur Parteireform eingerichtet.

2005, im August, beschloss die SPD in der „heißen Phase“ des Bundestagswahlkampfes ihr Wahlmanifest, unter anderem mit den Forderungen nach einer Reichensteuer, der Einführung des Elterngeldes und der Bestätigung des beschlossenen Atomausstiegs. Eine zentrale Rolle spielte auch der Erhalt von Arbeitnehmerrechten – Positionen, die die SPD zu weiten Teilen auch in die Arbeit der Großen Koalition einbringen konnte.

Im Mai 2006 wurde der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck nach dem Rücktritt von Matthias Platzeck zum neuen Vorsitzenden gewählt. Dem Partner in der Großen Koalition sagte er Verlässlichkeit zu, kündigte aber gleichzeitig an, die SPD werde in dem Regierungsbündnis sehr wohl erkennbar bleiben. Die bereits begonnene Grundsatzprogrammdebatte wurde weiter vorangetrieben.

Im Oktober 2008 bestätigten die Delegierten die Nominierung Frank-Walter Steinmeiers zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahlen am 27. September 2009 und wählten Franz Müntefering zum Parteivorsitzenden. Beide skizzierten in ihren Reden die Herausforderungen für die SPD in den folgenden Monaten. Frank-Walter Steinmeier beschrieb in seiner Rede die tragende Rolle der Sozialdemokratie und gab eine erste Orientierung für das Wahlprogramm. Nach der Globalisierung der Märkte in den vergangenen 20 Jahren müsse jetzt die politische Globalisierung folgen. Als sozialdemokratische Leitlinie für 2009 und darüber hinaus müsse das „Modell Deutschland“, mit dem Willy Brandt und Helmut Schmidt so erfolgreich regiert hätten, für die Zukunft neu begründet werden.

Am 14. Juni des Jahres...

- ... 1832 Nikolaus Otto, der Erfinder des Otto-Motors, wird im Taunus geboren.
- ... 1881 Das erste deutsche Telefonbuch erscheint in Berlin.
- ... 1920 Der Sozialökonom und Soziologe Max Weber stirbt in München.
- ... 1924 Der erste deutsche Evangelische Kirchentag findet in Bethel-Bielefeld statt.
- ... 1928 Der sozialdemokratische Politiker Paul Löbe wird in Berlin erneut zum Reichstagspräsidenten gewählt.
- ... 1940 Deutsche Truppen besetzen Paris kampflos.
- ... 1940 Beginn der ersten Deportationen nach Auschwitz.
- ... 1942 Anne Frank beginnt die Aufzeichnungen in ihrem Tagebuch.
- ... 1963 Die französische Nationalversammlung ratifiziert den deutsch-französischen Vertrag.
- ... 1963 Der sowjetische Astronaut Valerij Bykowski umkreist mit dem Raumschiff Wostok V die Erde auf einer elliptischen Bahn.
- ... 1968 Der Bundesrat billigt einstimmig unter Stimmenthaltung Berlins die Notstandsverfassung.
- ... 1981 Die Schweizer entscheiden sich in einem Referendum für die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau.
- ... 1984 Beginn der zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament.
- ... 1985 Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg unterzeichnen das Schengener Abkommen.
- ... 1987 Auf einem Sonderparteitag in Bonn wird Hans-Jochen Vogel zum neuen SPD-Parteivorsitzenden mit 95,5 % der Delegiertenstimmen gewählt. Er folgt auf Willy Brandt, der dieses Amt seit dem 16.02.1964 inne hatte.
- ... 1994 In Bonn wird das „Haus der Geschichte“ eröffnet.

Vorläufige Tagesordnung

10:30 Uhr **Eröffnung durch Franz Müntefering**

Konstituierung

- Wahl des Parteitagspräsidiums
- Beschlussfassung über die Tagesordnung
- Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Rede Frank-Walter Steinmeier

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Beratung zum Regierungsprogramm

Beschlussfassung des Regierungsprogramms

Schlusswort Frank-Walter Steinmeier

16:30 Uhr **Ende des Parteitages**

Antragskommission

Vom Parteivorstand benannte Mitglieder:

<i>Vorsitzender:</i>	Olaf Scholz
<i>Mitglieder:</i>	Bärbel Dieckmann
	Elke Ferner
	Hubertus Heil
	Christoph Matschie
	Andrea Nahles
	Martin Schulz
	Peer Steinbrück

<i>Beratende Mitglieder:</i>	Doris Ahnen
	Ute Berg
	Barbara Hendricks
	Sigmar Gabriel
	Dietmar Hexel
	Hannelore Kraft
	Ralf Stegner
	Wolfgang Tiefensee
	Heidemarie Wiecek-Zeul

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

<i>LV Schleswig-Holstein</i>	Wolfgang Baasch
<i>LV Mecklenburg-Vorpommern</i>	Christian Reinke
<i>LO Hamburg</i>	Frank Richter
<i>LO Bremen</i>	Carsten Sieling
<i>Bez Nord-Niedersachsen</i>	Andreas Motscha
<i>Bez Weser-Ems</i>	Kristina Stuntebeck
<i>Bez Hannover</i>	Ulrich Watermann
<i>Bez Braunschweig</i>	Petra Emmerich-Kopatsch
<i>LV Sachsen-Anhalt</i>	Wolfgang Eichler
<i>LV Brandenburg</i>	Christian Maaß
<i>LV Berlin</i>	Monika Buttgerit
<i>LV Nordrhein-Westfalen</i>	Dietmar Nietan

Bez Hessen-Nord

Ulrich Meißner

Bez Hessen-Süd

Dagmar Schmidt

LV Thüringen

Iris Gleicke

LV Sachsen

Henning Homann

LV Saar

Astrid Klug

LV Rheinland-Pfalz

Alexander Schweitzer

LV Baden-Württemberg

Peter Friedrich

LV Bayern

Adelheid Rupp

Delegiertenschlüssel

Zu diesem Bundesparteitag haben die Landes- und Bezirksverbände insgesamt 480 ordentliche Delegierte entsandt. Dazu kommen die 45 Mitglieder des SPD-Parteivorstandes.

Mit beratender Stimme nehmen nach § 15 II des Organisationsstatuts die Mitglieder der Kontrollkommission, die Mitglieder des Parteirats, ein Zehntel der Bundestagsfraktion, ein Zehntel der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europaparlament, die vom Parteivorstand bestellten Parteitagreferenten und -referentinnen und die Vertreter und Vertreterinnen von Parteiinstitutionen am Parteitag teil. Sie haben Rederecht während des Parteitages, aber kein Stimmrecht.

Verteilung der Mandate auf die Landesverbände/Bezirke

<i>Landesverband/Bezirk</i>	<i>Delegiertenmandate</i>
Schleswig-Holstein	19
Mecklenburg-Vorpommern	5
Hamburg	10
Bremen	5
Nord-Niedersachsen	6
Weser-Ems	17
Hannover	28
Braunschweig	10
Sachsen-Anhalt	7
Brandenburg	9
Berlin	15
Nordrhein-Westfalen	127
Hessen-Nord	18
Hessen-Süd	34
Thüringen	7
Sachsen	9
Saarland	16
Rheinland-Pfalz	35
Baden-Württemberg	42
Bayern	61
	<hr/> 480
<i>Parteivorstand</i>	<hr/> 45
<i>Stimmberechtigte auf dem außerordentlichen Parteitag</i>	<hr/> 525

Schnell. Praktisch. Direkt für Sie: Der SPD-Internet-Service zum außerordentlichen Bundesparteitag 2009

Neue elektronische Medien spielen für die SPD nicht nur im Wahlkampf eine wichtige Rolle. Für Information, Vernetzung und Mobilisierung setzt die SPD konsequent auf das Internet. Als erste Partei Deutschlands öffnete sie schon 1995 das große Info-Portal www.spd.de. Im Herbst 1995 war die SPD auch die erste Partei, die im Internet aktuell von ihrem Bundesparteitag in Mannheim berichtete. Seitdem ist das Angebot stetig weiterentwickelt worden. 2007 setzte die SPD mit www.meineSPD.net als erste unter den deutschen Parteien auf eine Online-Community – inzwischen sind dort fast 30.000 Mitglieder aktiv. Für die SPD ist das Internet die zentrale Säule, das Herzstück ihrer Kommunikationsstrategie – nicht nur im Wahlkampfjahr, sondern aus Überzeugung.

Parteitags-Spezial

Auch zum außerordentlichen Bundesparteitag 2009 in Berlin gibt es wieder eine ausführliche Berichterstattung im Internet: direkt, zuverlässig und umfassend auf www.spd.de. Foto-Impressionen, Info-Texte und eine Direkt-Übertragung ins Internet – per Live-Stream – ermöglichen es allen Interessierten, am Geschehen vor Ort teilzuhaben. Und wer es kurz und knackig mag, der kann sich auf www.wahlkampf09.de per Twitter auf dem Laufenden halten.

Presseservice

Auf www.spd.de finden die Medien den Service, den sie brauchen: von der Online-Akkreditierung über das Eintragen in den Presseverteiler bis zum Newsletter und aktuellen Pressemitteilungen.

wahlkampf09.de

Das Kampagnenportal www.wahlkampf09.de gewährt – auch während des Parteitags – den etwas anderen Einblick in die Arbeit der Nordkurve. Hier finden Sie informative Blogs von der Parteitagspitze, von Kampagnenmachern und Unterstützern. www.wahlkampf09.de als Kampagnenplattform bietet neben Informationen und Einblicken auch Platz zum Mitmachen und verknüpft die über 12.000 registrierten Unterstützerinnen und Unterstützer mit den Angeboten der SPD in den sozialen Netzwerken.

frankwaltersteinmeier.de

Das Kandidaten-Portal präsentiert Frank-Walter Steinmeier – als Menschen und als Politiker. Hier erfährt der Besucher mehr über seine politischen Ziele, aber auch über seine Jugend, seine Vorlieben und seinen persönlichen Weg. Die Biografie im Fotoalbum-Stil zeigt den Kandidaten von einer wenig bekannten, ganz privaten Seite. Aktuelle Meldungen und Reden runden das Angebot ab.

SPD-Parteitage von 1946-1990

Parteitag	09.05. - 11.05.1946	Hannover
Parteitag	29.06. - 02.07.1947	Nürnberg
Parteitag	12.09. - 14.09.1948	Düsseldorf
Parteitag	21.05. - 25.05.1950	Hamburg
Parteitag	24.09. - 28.09.1952	Dortmund
Parteitag	20.07. - 24.07.1954	Berlin
Parteitag	10.07. - 14.07.1956	München
Parteitag	18.05. - 23.05.1958	Stuttgart
Außerordentl. Parteitag	13.11. - 15.11.1959	Bad Godesberg
Parteitag	21.11. - 25.11.1960	Hannover
Parteitag	26.05. - 30.05.1962	Köln
Außerordentl. Parteitag	15.02. - 16.02.1964	Bad Godesberg
Parteitag	23.11. - 27.11.1964	Karlsruhe
Parteitag	01.06. - 05.06.1966	Dortmund
Parteitag	17.03. - 21.03.1968	Nürnberg
Außerordentl. Parteitag	16.04. - 18.04.1969	Bad Godesberg
Parteitag	11.05. - 14.05.1970	Saarbrücken
Außerordentl. Parteitag	18.11. - 20.11.1971	Bonn
Parteitag	17.12. - 18.12.1971	Bad Godesberg
Außerordentl. Parteitag	12.10. - 13.10.1972	Dortmund
Parteitag	10.04. - 14.04.1973	Hannover
Parteitag	11.11. - 15.11.1975	Mannheim
Außerordentl. Parteitag	18.06. - 19.06.1976	Dortmund
Parteitag	15.11. - 19.11.1977	Hamburg
Außerordentl. Parteitag	09.12. - 10.12.1978	Köln
Parteitag	03.12. - 07.12.1979	Berlin
Außerordentl. Parteitag	09.06. - 10.06.1980	Essen
Parteitag	19.04. - 23.04.1982	München
Außerordentl. Parteitag	21.01.1983	Dortmund
Außerordentl. Parteitag	18.11. - 19.11.1983	Köln
Parteitag	17.05. - 21.05.1984	Essen
Parteitag	25.08. - 29.08.1986	Nürnberg
Parteitag	25.10.1986	Offenburg
Außerordentl. Parteitag	14.06.1987	Bonn
Parteitag	30.08. - 02.09.1988	Münster
Außerordentl. Parteitag	18.12. - 20.12.1989	Berlin
Außerordentl. Parteitag	26.09.1990	Berlin

Parteitage der SDP/SPD in der DDR

Gründungstag	07.10.1989	Schwante
Delegiertenkonferenz	12.01. - 14.01.1990	Berlin
Parteitag	22.02. - 25.02.1990	Leipzig
Außerordentl. Parteitag	09.06.1990	Halle
Außerordentl. Parteitag	26.09.1990	Berlin

SPD-Parteitage seit 1990

Vereinigungs-Parteitag	27.09. - 28.09.1990	Berlin
Parteitag	28.05. - 31.05.1991	Bremen
Außerordentl. Parteitag	06.11. - 17.11.1992	Bonn
Außerordentl. Parteitag	25.06.1993	Essen
Parteitag	16.11. - 19.11.1993	Wiesbaden
Außerordentl. Parteitag	22.06.1994	Halle
Parteitag	14.11. - 17.11.1995	Mannheim
Außerordentl. Parteitag	25.11.1996	Köln
Parteitag	02.12. - 04.12.1997	Hannover
Außerordentl. Parteitag	17.04.1998	Leipzig
Außerordentl. Parteitag	25.10.1998	Bonn
Außerordentl. Parteitag	12.04.1999	Bonn
Parteitag	07.12. - 09.12.1999	Berlin
Parteitag	19.11. - 22.11.2001	Nürnberg
Ostparteitag	10.03.2002	Magdeburg
Außerordentl. Parteitag	02.06.2002	Berlin
Außerordentl. Parteitag	20.10.2002	Berlin
Außerordentl. Parteitag	01.06.2003	Berlin
Parteitag	17. - 19.11.2003	Bochum
Außerordentl. Parteitag	21.03.2004	Berlin
Außerordentl. Parteitag	31.08.2005	Berlin
Parteitag	14. - 16.11.2005	Karlsruhe
Außerordentl. Parteitag	14.05.2006	Berlin
Parteitag	26. - 28.10.2007	Hamburg
Außerordentl. Parteitag	18.10.2008	Berlin

Parteivorsitzende der SPD seit 1946

Kurt Schumacher	11.05.1946 - 20.08.1952
Erich Ollenhauer	27.09.1952 - 14.12.1963

Willy Brandt	16.02.1964 - 14.06.1987
Hans-Jochen Vogel	14.06.1987 - 29.05.1991
Björn Engholm	29.05.1991 - 03.05.1993
Johannes Rau (kommissarisch)	03.05.1993 - 25.06.1993
Rudolf Scharping	25.06.1993 - 16.11.1995
Oskar Lafontaine	16.11.1995 - 11.03.1999
Gerhard Schröder (kommissarisch)	12.03.1999 - 12.04.1999
Gerhard Schröder	12.04.1999 - 21.03.2004
Franz Müntefering	21.03.2004 - 15.11.2005
Matthias Platzeck	15.11.2005 - 10.04.2006
Kurt Beck (kommissarisch)	10.04.2006 - 14.05.2006
Kurt Beck	14.05.2006 - 07.09.2008
Frank-Walter Steinmeier (kommissarisch)	07.09.2008 - 18.10.2008
Franz Müntefering	seit 18.10.2008

Parteivorsitzende der SDP/SPD in der DDR

Stephan Hilsberg	07.10.1989 - 23.02.1989
Ibrahim Böhme	23.02.1990 - 26.03.1990
Markus Meckel (kommissarisch)	26.03.1990 - 09.06.1990
Wolfgang Thierse	09.06.1990 - 27.09.1990

Generalsekretäre der SPD

Das Amt des Generalsekretärs wurde 1999 durch eine Satzungsänderung neu eingerichtet. Dazu wurde § 24 (1) der Satzung wie folgt geändert:

„Der Generalsekretär oder die Generalsekretärin führt die Geschäfte der Partei im Einvernehmen mit dem/der Vorsitzenden und dem Präsidium im Einklang mit den Beschlüssen des Parteivorstandes. Der Generalsekretär oder die Generalsekretärin koordiniert die Parteiarbeit, leitet die Parteizentrale und ist für die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahlkämpfe zuständig. Der Generalsekretär oder die Generalsekretärin bestellt im Einvernehmen mit dem Parteivorstand den Bundesgeschäftsführer/ die Bundesgeschäftsführerin.“

Franz Müntefering	07.12.1999 - 20.10.2002
Olaf Scholz	20.10.2002 - 21.03.2004
Klaus Uwe Benneter	21.03.2004 - 15.11.2005
Hubertus Heil	seit 15.11.2005

Bundesgeschäftsführer der SPD

Von 1946 bis 1958 waren die Aufgaben des heutigen Bundesgeschäftsführers auf die besoldeten Mitglieder des Parteivorstandes und ab 1958 auf das Präsidium als geschäftsführendem Vorstand verteilt. Erst seit 1968 gibt es einen hauptamtlichen Bundesgeschäftsführer.

Hans-Jürgen Wischnewski	02.10.1968 - 18.12.1971
Holger Börner	24.01.1972 - 12.10.1976
Egon Bahr	15.12.1976 - 23.02.1981
Peter Glotz	23.02.1981 - 14.06.1987
Anke Fuchs	15.06.1987 - 30.05.1991
Karlheinz Blessing	30.05.1991 - 15.08.1993
Günter Verheugen	15.08.1993 - 29.09.1995
Franz Müntefering	16.10.1995 - 02.11.1998
Ottmar Schreiner	02.11.1998 - 06.09.1999
Franz Müntefering (kommissarisch)	06.09.1999 - 13.12.1999
Matthias Machnig	13.12.1999 - 31.12.2002
Franz-Josef Lersch-Mense	01.01.2003 - 21.03.2004
Kajo Wasserhövel	21.03.2004 - 15.11.2005
Martin Gorholt	15.11.2005 - 15.09.2008
Kajo Wasserhövel	seit 15.09.2008

Schatzmeister der SPD

Alfred Nau	11.5.1946 - 14.11.1975
Wilhelm Dröscher	14.11.1975 - 18.11.1977
Egon Bahr (kommissarisch)	19.11.1977 - 30.1.1978
Friedrich Halstenberg	30.1.1978 - 20.05.1984
Hans-Jürgen Wischnewski	20.05.1984 - 03.09.1985
Hans Matthöfer	16.09.1985 - 31.01.1987
Hans-Ulrich Klose	23.02.1987 - 14.01.1992
Inge Wettig-Danielmeier	14.01.1992 - 26.10.2007
Barbara Hendricks	seit 26.10.2007

Aussteller

Aussteller beim a. o. Bundesparteitag der SPD am 14. Juni 2009 im Estrel Convention Center Berlin

Im Rahmen des außerordentlichen Bundesparteitages präsentieren sich wieder diverse Unternehmen, Verbände und Initiativen mit Informations- und Präsentationsständen.

So werden u. a. das Willy-Brandt-Haus, der AWO Bundesverband e. V, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Landesverband Berlin, der Arbeitsstab „Starke Demokratie“, die Bundes-SGK, die Friedrich Ebert Stiftung, die IG Metall, die Naturfreunde, der SPD-Reiseservice und „Selbst aktiv“ - Behinderte Menschen in der SPD – und „Wir für Frank“ mit einem eigenen Stand vor Ort sein, um Interessierte umfassend zu informieren.

Weitere Aussteller bei diesem Parteitag sind: ABDA – Bundesverband Deutscher Apothekerverbände, Audi AG, Automobil Club Europa, BDEW Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft e. V., BDH – Bundesindustrieverband Deutschland, Haus-, Energie- und Umwelttechnik e.V., Cateringbereich Estrel, Die Familienunternehmer - ASU e. V., Fachverband Kartonverpackungen für flüssige Nahrungsmittel e. V., Die Klima-Allianz, Forum DL 21/SPW, Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft, Gold Key Media Germany GmbH, Image Ident Marketing Gesellschaft mbH, Markenverband e. V., Mobifair für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft e. V., PKV Verband der privaten Krankenversicherungen e. V., RAG Aktiengesellschaft, SEB AG, Tank und Rast GmbH, VKU Verband kommunaler Unternehmen e. V., vorwärts: buchhandlung + antiquariat GmbH und ZVEI Zentralverband der Elektroindustrie.

Hinweise

Tagungsort:

Estrel Convention Center Berlin, Sonnenallee 225, 12057 Berlin, Telefon: (030) 6831-0

Akkreditierungs-/Empfangsschalter:

Befinden sich im Eingangsfoyer des Estrel Hotels. Bitte Ausschilderung beachten. Die Empfangsschalter sind am Sonntag, dem 14. Juni 2009, ab 08.30 Uhr geöffnet.

Informationspunkt:

Befindet sich in der Nähe der Akkreditierungsschalter. Bitte Ausschilderung beachten.
Telefon: (030) 6831-25303, Fax: (030) 681-25304

Pressebüro der SPD:

Das Pressebüro befindet sich im Pressezentrum. Bitte beachten Sie die Ausschilderung.
Telefon: (030) 6831-25351 oder -25358, Telefax: (030) 6831-25353

Ordnerdienst:

Ist an den Eingängen eingesetzt. Die Teilnehmer- bzw. Presseausweise bitte während der Veranstaltung gut sichtbar tragen.

Erste Hilfe:

Sanitätsdienst und Notarzt befinden sich in der Nähe des Plenums.
Bitte Ausschilderung beachten.